

Vergeblich hätten Berliner Bauarbeiter am 18. und 17. Juni versucht, mit führenden Funktionären der SED, des Staates und der Gewerkschaften in die Diskussion zu kommen. Lediglich Industrieminister F. Selbmann hätte sich den aufgebracht demonstrierenden gestellt. Auch über Rundfunk und Presse waren deren Stimmen vorerst nicht zu vernehmen. So ist es nicht verwunderlich, daß Gerüchte über ihren Verbleib die Runde machten. In Leipzig wollte man wissen, daß W. Pieck bereits seit Tagen tot wäre und W. Ulbricht bei einem illegalen Grenzübertritt zur Schweiz angeschossen worden sei. Doch bald wurde Klarheit geschaffen.

Nach beginnender Beruhigung der Lage in der DDR hatte das ZK der SED am seiner 14. Tagung am Sonntag, dem 21. 6., die Situation analysiert und einen Beschluß zum weiteren Vorgehen gefaßt. (Vgl. Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei - Beschluß des ZK vom 21. Juni 1953, in: Dokumente der SED, Bd. IV Berlin 1984, S. 436)

Auszüge aus dieser Tagung wurden in den folgenden Tagen in der Presse der DDR wiedergegeben. Der Ausgangspunkt der Einschätzung war die Charakteristik des 17. Juni als "faschistische Provokation", die als "Tag X" von amerikanischen und deutschen Kriegstreibern von langer Hand vorbereitet und dem Versuch darstellte, den Kriegsbrenn... mit Hilfe des Brückenkopfes Westberlin nach Deutschland hinüberzutragen. Überstürzt hätten diese Kräfte den "Tag X" durchgeführt als Antwort auf die von der Partei eingeleitete Wendung zur Verbesserung der Lebenslage. Danach wurde eingegangen auf die "Irreführung eines Teils der Arbeiterklasse durch Monopolisten und Faschisten, was begünstigt worden sei durch die von der Partei im Vorfeld des 17. Juni eingestanden Fehler.

Daraus wurde dann folgende Schlussfolgerung gezogen: "Die Partei wird in diesem Augenblick, der Taten fordert, dem Gegner nicht durch in die Hände spielen, daß sie ihre Kräfte in Erörterungen darüber erschöpft, wie es zu solchen Mißverständnissen bei einem Teil der Werktätigen kommen konnte. Heute kommt alles auf Taten an. Daher erklärt das ZK zu diesem entscheidenden Punkt heute nur das eine: Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter." (Ebenda, S. 441)

Bereits aus dieser Diktion wird der Versuch der Parteiführung deutlich, Vertrauen zu erlangen und Massenverbände zu schaffen. Das sollte auch hauptsächlich mit einer schnellen Verbesserung der Lebenslage mittels des Neuen Kurses erreicht werden. So wurden sofort die Alters-, Invaliden- und Unfallrenten von 65 auf 75 Mark erhöht, die Lohnabrechnungen auf der Grundlage der Arbeitsnormen vom 1. 4. 53 vorgenommen, die Investitionen für Bau und Instandhaltung der Wohnungen erhöht u. ä.

Die 14. Tagung appellierte: "Möge sich jedes Parteimitglied, jeder Werktätige bewußt sein, daß von der Hebung des Lebensstandards in der DDR, von der Festigung unserer demokratischen Staatsmacht, von der Schaffung eines wahrhaft vorbildlichen, demokratischen Staates auf deutschem Boden im weiteren Maße die Erhaltung des Friedens und die Herbeiführung der Einheit Deutschlands abhängen." (Ebenda, S. 445)

Bemerkenswert an diesen Ausführungen ist, daß mit keinem Wort auf den Sozialismus orientiert, sondern zum "Kampf für Frieden, Einheit und Demokratie" aufgerufen wurde. Das korrespondiert auch mit einer nach der Politbüroitzung vom 9. 6. ausgehenden Anweisung des ZK, alle Transparenz mit Leuten aus dem Sozialismus nach und nach aus dem Stadtbild zu entfernen, und wird außerdem durch Bemerkungen von W. Ulbricht im öffentlichen Schwabwort der 15. ZK-Tagung bestätigt, wonach entsprechende Vorstellungen der KPdSU mit Verzicht auf den Sozialismus in der DDR im Interesse der deutschen Wiedervereinigung schon jetzt gewesen sein müssen. (Das 15. Plenum des ZK der SED vom 24. bis 28. Juli 1953, Parteiformales Material)

Unmittelbar nach der 14. ZK-Tagung gingen führende Funktionäre in Großbetriebe und in Parteifunktionärenkonferenzen. So diskutierte O. Grotewohl im Kombinat Böhlen, W. Ulbricht in den Leuna-Werken, und A. Ackermann sprach auf einer SED-Parteifunktionärenkonferenz in Leipzig. In solchen Ansprachen stellte sich die SED selbstkritisch dar und ließ kritische Stimmen zur Lage zu. Auch in der Bezirkspresse wandelte sich (zwar nur kurzfristig) das Bild der Berichterstattung. Es kamen Arbeiter und andere Werktätige mit ihren kleinen Sorgen und Nöten zu Wort. Doch ganz schnell erholte man sich vom Schock des 17. Juni und ging wieder zum alten Stil über.

Die LVZ berichtete bereits am 21. 6. über die "feste Verbundenheit von Volk und Regierung". Am 23. 6. wurden "Provokateure und Rädelsführer" vorgestellt. Auf Veranlassung der entsprechenden Abteilung der SED-Bezirksleitung wurde u. a. eine "gewerkschaftliche Prosti-

tuerte" vorgestellt mit den Worten: "Seht sie euch an. Seht sie euch an, die notorischen Diebe, Nichtstauer, Huren und Gauner! Seht sie euch an, Arbeiter der Windmühlensstraße in Leipzig und einigen anderen Betrieben. Für sie habt Ihr in Wirklichkeit gestreikt, von ihnen habt Ihr Euch aufhetzen lassen gegen eure eigenen Klassenossen. Seht sie euch an, die faschistischen Banditen und Provokateure - und wenn die Scham euren Blick zu Boden drückt, dann werdet ihr begonnen haben zu verstehen, daß diesen Verbrechern gegenüber Milde selbst das schwerste Verbrechen wäre."

So wurde nach und nach die Suche nach Feindern durch die Suche nach "Provokateuren" und "Rädelsführern" und "feindlichen Elementen" überlagert. Und gegenüber Betrieben, Institutionen und Einrichtungen, die dieser Linie nicht unwidersprochen folgten, wurde die Macht demonstriert. Dafür sind die Wochen und Monate an unserer Uni-

S. 76) Doch diese Passage wurde nicht veröffentlicht! Auch die Agitations- und Propagandarbeit und die Informations- und Medienpolitik bekamen deutliche Schelte. So wurde eingeschätzt: "Wir haben es nicht verstanden, unsere propagandistische Arbeit so zu entwickeln, daß die Mehrzahl der Arbeiter unser überföhrt mit Dingen, die sie schon bei anderen Gelegenheiten gehört hätten... Wir haben vielfach über die Köpfe der Menschen hinweg gesprochen, ohne ihre Wünsche, Nöte und Sorgen zu betrachten... Der berüchtigte Parteijargon, dieser Üble, trotzdem, vom Leben weit entfernte, seelenlose Sprechstil, hat die Arbeiter abgestoßen, anstatt sie einzubeziehen. Die Millionen Werktätigen bestehen eben nicht nur aus SED-Funktionären." (Grotewohl, O. Referat auf der 15. Tagung... a. a. O. S. 24) Schärfer konnte sich kaum eine Arbeiterpartei selbst kritisieren! Doch Ul-

3. Die SED solle eine "Partei des ganzen Volkes" werden.

Nach Ulbricht hätten die Verfasser einer solchen politischen Plattform im Sinne gehabt. Außerdem sei damit die Entmachtung Ulbrichts und anderer Politbüromitglieder geplant gewesen. Zaisser hätte den Vorschlag eingebracht, Ulbricht als Generalsekretär abzulösen und R. Hernstadt zum 1. Sekretär zu berufen. Nach Ulbrichts Aussagen hätten u. a. A. Ackermann (Kandidat des Politbüros, Staatssekretär im Außenministerium), Ell Schmidt (Kandidat des Politbüros und Vorsitzende des DFD) diese Plattform unterstützt, andere Politbüromitglieder (z. B. H. Rau) hätten "geschwankt". Hernstadt und Zaisser wurden beschuldigt, zu Berja (KGB-Chef) Verbindung gehabt zu haben (in der Zwischenzeit war Berja in der UdSSR verhaftet worden). Im Kommuniqué der 15. Tagung des ZK wurden die kademilichen Veränderungen bekannt gegeben, u. a. der einstimmig gefaßte Beschluß zum Ausschluß von Hernstadt und Zaisser aus dem ZK (im Jahre 1954 werden sie dann schließlich aus der Partei ausgeschlossen), der Ausschluß von Justizminister M. Fechner als Feind der Partei und des Staates aus der SED und Umbesetzungen im Politbüro. (Kommuniqué der 15. Tagung des ZK der SED, a. a. O. S. 149 ff) Ulbricht forderte zum "Kampf um die Einheit des Politbüros" auf und zur Entstehung einer geschlossenen Führung, "einer Führung, die immun ist gegen alle Versuche des Gegners, die Führung zu spalten."

Die zusammenfassende Einschätzung des 15. Plenums bestand in der Losung "Die Generallinie der Partei war und bleibt richtig". (Das war eine veränderte Sicht gegenüber der 14. Tagung im Juni). In dieser Linie erfolgte dann auch die weitere Auswertung des 17. Juni auf den unteren Parteiebenen. Am 10. 8. beschuldigte sich die SED-Bezirksleitung Leipzig mit der ZK-Tagung. An dieser Beratung nahm auch W. Ulbricht teil. U. a. beschäftigte sich diese Sitzung ausführlich mit der Erziehungsarbeit gegenüber der Intelligenz, der Jugend und auch der KMU. Der Universitätsparteilung wurde "kapitalistisches Verhalten" am 17. Juni vorgeworfen und besonders die Schlußfolgerungen, diskutiert auf der bereits erwähnten Parteifunktionärenkonferenz vom 24. 6., scharf kritisiert. Danach wehrten sich die Genossen der Universitätsparteilung noch einige Wochen gegen diese Kritik. Doch ab Mitte September folgte offensichtlich eine härtere Gangart gegen die Universität. So berichtete ein Genosse Professor der Parteilung von einer Aussprache mit P. Fröhlich: "Ich habe mich überzeugen lassen, daß das was die Bezirksleitung beschlossen hat, richtig ist... Gen. Fröhlich sagte mir weiter, daß Gen. W. Ulbricht, als er das Protokoll unserer Parteifunktionärenkonferenz gelesen hatte, gesagt hat, daß das ein Skandal ist... Gen. Fröhlich sagte mir wörtlich: Wenn Gen. Fischer (damals Sekretär der Parteilung) den Kampf haben will, dann kann er ihn haben."

Es folgten umfangreiche Untersuchungen, Verdächtigungen und Unterstellungen. So mußte sich beispielsweise ein Genosse verantworten, der noch während des Krieges Kontakt zu Zaisser gehabt hatte. Selbst Rektor Prof. G. Mayer wurde wochenlang angegriffen wegen seines "Kapitalismus" am 17. bis 19. 6., und nur das Interesse des ZK an seiner Wiederwahl als Rektor rettete ihn vor einer Parteistrafe. Den Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen stellte die Einschätzung Fröhlichs dar: "Die Parteilung der KMU ist ideologisch verumpft." Ende September 1953, am 25. 9., wurde Fischer abgelöst, "gestanden" die Genossen der Parteilung die "ideologische Verumpfung" als Ursache für "Kapitalismus und gestörtes Verhältnis zur Partei" ein.

An dieser Stelle kann keine zusammenfassende Wertung des 17. Juni 1953 erfolgen. Nur auf ein Problem sei jetzt - nach 37 Jahren und aus der Sicht des Herbstes 1989 - verwiesen: Auf die doppelte Tragik dieses 17. Juni - auf die gewalttätige Unterdrückung dieses Aufstandes und auf die Tatsache, daß die SED-Führung nur halbherzige Schlußfolgerungen für ihre Arbeit gezogen hatte. Und gerade sie, die immer die Lehren aus der Geschichte pries, keine dauerhaften Schlußfolgerungen im Interesse der Menschen zog.

Wer sich mit der Wirklichkeit des Jahres 1953 beschäftigte, dem mußten sich geradezu Parallelen zu der Zeit vor dem Herbst 1989 aufdrängen. Und das war offensichtlich auch der Grund, weshalb dieses Thema in der Vor-Wende-Zeit ein Tabuthema sein sollte!

(Schluß)
Dr. HEIDI ROTH

Humangenetik-Forschung an Universität Münster

(UZ-Korr./VWS) Am "Institut für Theorie und Geschichte der Medizin" der Universität Münster wird unter der Leitung von Prof. Dr. med. Richard Toellner untersucht, wie sich nach 1945 an den deutschen Hochschulen die Humangenetik als selbständige wissenschaftliche Disziplin etabliert hat. Bei dem auf drei Jahre angelegten Forschungsprojekt geht es jedoch keineswegs um eine reine Disziplinengeschichte. Vielmehr sollen Strukturen und Prozesse herausgearbeitet werden, die beispielhaft für die allgemeine Wissenschaftsentwicklung in beiden deutschen Staaten nach 1945 waren. Die Volkswagen-Stiftung unterstützt die Untersuchungen in ihrem Schwerpunkt "Deutschland nach 1945" mit 564 000 DM.

Wohl kaum eine Wissenschaft ist durch die jüngere deutsche Geschichte so belastet wie die "Lehre von der menschlichen Vererbung". Auf ideologischer Ebene wurde sie zur Legitimierung zentraler nationalsozialistischer Gedanken wie "Antisemitismus" oder "nordische Überlegenheit" herangezogen, auf der Handlungsebene war sie direkt involviert in Ausgrenzung, Aussonderung und schließlich Vernichtung von Menschen sogenannten minderwertigen Erbguts.

Die Untersuchung erfolgt auf drei Ebenen. Die wissenschaftsinterne Ebene überprüft Inhalte der genetischen Forschung in Deutschland und vergleicht diese mit der internationalen Forschung. Fragen nach der Wissenschaftskommunikation und dem Transfer neuer Inhalte aus dem Ausland stehen hier im Vordergrund. Eine zweite Ebene beschäftigt sich mit der Beeinflussung der wissenschaftlichen Inhalte

durch die allgemeine historische Entwicklung: Welche Wirkungen haben zum Beispiel Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Inhalte der genetischen Forschung in Deutschland gehabt? Auf der dritten Ebene schließlich soll die institutionelle Einbindung des Faches Humangenetik in die Hochschul- bzw. Wissenschaftslandschaft analysiert werden. Die Untersuchung dieser drei Ebenen umfaßt die Zeit vom Nationalsozialismus über die frühe Nachkriegszeit bis hin in die 80er Jahre.

Die Voraussetzungen für die Behandlung des Themas am "Institut für Theorie und Geschichte der Medizin" der Universität Münster sind besonders günstig. Das Institut übernahm Mitte der 80er Jahre den wissenschaftlichen Nachlaß des Münsteraner Humangenetikers Oskar Prehner von Veschuer (1886 bis 1969). Der Nachlaß umfaßt etwa 50 000 Einzelschriften aus den Jahren 1890 bis 1965 und stammt in wesentlichen Teilen aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, das 1927 gegründet wurde und nach Beendigung des zweiten Weltkrieges aufhörte zu existieren. Die seitdem am Münsteraner Institut bestehende Forschungsstelle sichert, archiviert und sammelt Quellen zur Geschichte der Anthropologie, Genetik und Eugenik; historische Untersuchungen zu diesem Themenbereich werden von der Forschungsstelle durchgeführt, angeleitet, gefördert und unterstützt.

Kontakt: Prof. Dr. R. Toellner, Institut für Theorie und Geschichte der Medizin, Universität Münster, Waldeyerstr. 27, 4400 Münster, Tel.: (02 51) 83 52 91.

Hearing der Kunsterzieher

(UZ-Korr.) Der Bund Deutscher Kunsterzieher in der DDR veranstaltete kürzlich ein Hearing "Zur Situation und Perspektive der künstlerisch-ästhetischen Erziehung". Erwartet wurden Aussagen zu den Gefährdungen der künstlerisch-ästhetischen Erziehung in und außerhalb der Schule, zu Erfahrungen und Meinungen über die Notwendigkeit und die unausgeschöpften Möglichkeiten der künstlerisch-ästhetischen Erziehung und vor allem aber zu den Positionen, Absichten, Vorhaben und konkreten Schritten zu ihrer Förderung.

Die Veranstaltung zählte etwa 50 Teilnehmer, darunter Vertreter des Bundes Freier Demokraten, der CDU, der Initiative Frieden und Menschenrechte, des Neuen Forums, der PDS, der Gewerkschaft Erziehung, Wissenschaft, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften sowie der Initiativen freier Pädagogik und Nachbarschaftsschule; außerdem nahmen Kunstpädagogen vor allem aus dem Süden der Republik teil. Besonders befriedigend wirkte auf alle Beteiligten, daß die Ansprechpartner der Ministerien für Bildung und für Kultur dem Hearing fern blieben. Dennoch verließ die Veranstaltung erfolgreich im Sinne einer nüchternen Einschätzung der Lage, die das bei allen Rednern zum Ausdruck kommende Engagement für eine nachhaltige Förderung der künstlerisch-ästhetischen Erziehung nicht lähmen konnte. Viele Forderungen und Vorschläge, u. a. zur Gestaltung von künftigen Rahmenlehrplänen, kamen zur Sprache. Möglichkeiten für eine Ausweitung und Niveauehöhung der Kreativitäts- und Kunst-erziehung wurden hinsichtlich der Realisierung alternativer Schulmodelle dargestellt. Alle Statements und Diskussionsbeiträge werden als Arbeitsmaterial veröffentlicht.

Der StuRa lädt ein



Symphoniekonzert Studentenorchester der Heinrich - Heine - Universität Düsseldorf

G. Rossini: Ouvertüre zur Oper "Die diebische Elster"
Ch. Koechlin: "Sur les flots lointains"
J. Haydn: Konzert für Cello und Orchester, C-Dur, Hob VII b: 1
F. Schubert: Symphonie Nr. 4, C-Moll, "Die Tragische"

Solist: Jochen Fuchs
Dirigentin: Silke Löh

4.7.90 20.00 Uhr

Neues Gewandhaus Leipzig,
Großer Saal

Vorverkauf: Studentenrat der Karl-Marx-Universität
Leipzig, Hauptgebäude 2. Etage
Kartenpreis: 7M oder DM 350

17. Juni 1953 - Legende und Wirklichkeit

Auswertung durch die Parteiführung der
SED - eine Mischung selbstkritischer Haltung
und der Rettung der Macht Ulbrichts



Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude in Leipzig.

Repro: R. Müller

versität nach den Juni-Ereignissen ein beredtes Zeugnis!

Am 24. Juni beschäftigte sich eine Parteifunktionärenkonferenz der KMU mit der 14. ZK-Tagung. Auf dieser Konferenz hielt J. Schleifstein, damals Mitglied der Parteilung der Universität und Direktor des FMI, einen bemerkenswerten Diskussionsbeitrag, der starken Beifall hervorrief. Dieser Beitrag sollte Anlaß zu mehrmonatigen Auseinandersetzungen zwischen der SED-Bezirksleitung und der KMU werden, in die Ulbricht höchstpersönlich eingriff und schließlich die Bezirksleitung "siegte". J. Schleifstein formuliert damals: "Die Schönfärberei beginnt nicht unten, die Linie, die darin lag, beginnt oben. Wir behandeln die Massen wie kleine Kinder, denen man Märchen erzählen muß, und sie reagieren darauf wie kleine Kinder, nämlich, daß sie sich um die Ratschläge ihrer Lehrer nicht kümmern." Außerdem wurden an der Universität Rockritikforderungen von Ulbricht, durch Studenten und Wissenschaftler geäußert, nicht zurückgewiesen. Und das mußte in dem Augenblick, wo die Macht von W. Ulbricht wieder gefestigt war, mit Widerstand stoßen! Bis Anfang Juli dauerten offensichtlich die Auseinandersetzungen im Politbüro. (Vgl. Spiegel, 24/1990, S. 130). Auf der 15. ZK-Tagung (24. bis 28. 7.) der SED präsentierte sich Ulbricht als "starker Mann" unangefochten der Öffentlichkeit. Auf dieser Tagung wurde die selbstkritische Analyse noch fortgesetzt. Die Partei ging mit sich hart ins Gericht und bemühte insbesondere das Niveau der innerparteilichen Demokratie. Ulbricht übernahm persönlich die Verantwortung für diesen Zustand und erklärte: "Ich möchte hier vor dem höchsten Forum der Partei offen feststellen, daß in der Parteiführung für diesen Fehler die größte Verantwortung trug." (Ulbricht, W. Referat auf der 15. Tagung... a. a. O.

bricht nahm nicht den berühmten "Hut", wie von Parteimitgliedern und Parteilosern vielfach gefordert. (So war beispielsweise am 17. an einer Leipziger Straßenszene zu lesen: "Spitzbart Bart und Brille sind nicht des Volkes Wille.")

Im Gegenteil, W. Ulbricht ging gestärkt aus diesen Auseinandersetzungen, die es auch im Politbüro um seine Person gegeben hat, hervor und drängte seine schärfsten Kritiker an die Wand. (Bisher kann nicht schlüssig geklärt werden, welche Gründe dafür ausschlaggebend waren.) Unter diesem Aspekt sind die Auseinandersetzungen um die sogenannte Hernstadt-Zaisser-Fraktion höchst aufschlußreich, auch die Art und Weise, wie diese im Politbüro um Wege und Formen des sozialistischen Aufbaus geführt und später (ab 1950) völlig unterbunden wurden. Zuerst wurde der Minister für Staatssicherheit und Mitglied des Politbüros, Wilhelm Zaisser, dafür kritisiert, daß sein Ministerium im Vorfeld des 17. Juni versagt habe, weil es sich nicht auf die Hauptaufgabe, "auf den Kampf gegen die faschistischen Untergrundbewegungen", konzentriert hat.

Doch der entscheidende Grund für die harte Abrechnung mit Zaisser dürfte in den vorangegangenen innerparteilichen Auseinandersetzungen zu suchen sein. Ulbricht setzte sich mit einer Plattform von Zaisser und Hernstadt auseinander, die unter der Überschrift "Erneuerung der Partei" von diesem dem Politbüro vorgelegt worden sei. Dabei ging er auf 3 Forderungen ein:

1. Die Politik der SED sei in der Hauptrichtung fehlerhaft!

2. Die Partei sei entartet, und deshalb sei eine grundlegende Erneuerung der SED notwendig und mit kademilichen Veränderungen zu verbinden.